

- ▼ Banken: Ungenügender Datenschutz
- ▼ Maastricht-Kriterien: EU vor grosser Bewährungsprobe
- ▼ Kaufempfehlung: Barrick Gold

part

partners' view

+++++ - - - - -

Januar 1/10	Februar 2/10	März 3/10	April 4/10	Mai 5/10	Juni 6/10	Juli 7/10	August 8/10	September 9/10	Oktober 10/10	November 11/10	Dezember 12/10
----------------	-----------------	--------------	---------------	-------------	--------------	--------------	----------------	-------------------	------------------	-------------------	-------------------

swisspartners 

Politik und Wirtschaft

US-Arbeitsmarkt verliert Anschluss. Wirtschaftliche Erholung auf wackligen Beinen. Deutsche Jagd nach Steuergeldern.

Der nationale Einkaufsmanagerindex (ISM) der USA stieg im Januar auf 58,4 Punkte und damit auf den höchsten Wert seit August 2004 (siehe Grafik). Die Umfrage bei mehr als 400 Einkaufsmanagern der 20 produzierenden Industrien, gewichtet entsprechend ihrem Anteil am Bruttoinlandprodukt, widerspiegelt die Aktivitäten der nationalen Hersteller. Ein Indexstand von über 50 deutet auf eine expandierende Wirtschaft. Soweit die positiven Wirtschaftsmeldungen. Diese Zahlen stehen jedoch diametral zum aktuellen Zustand des US-Arbeitsmarktes. Die Januarzahlen zeigen

eine erneute Vernichtung von 20 000 Arbeitsplätzen; erwartet wurde ein Aufbau von 15 000. Noch düsterer präsentierte sich die Revision der bereits veröffentlichten Dezemberzahlen. Statt 85 000 Arbeitsplätze wurden sogar 150 000 Stellen abgebaut!

Wacklige Staatsbeine

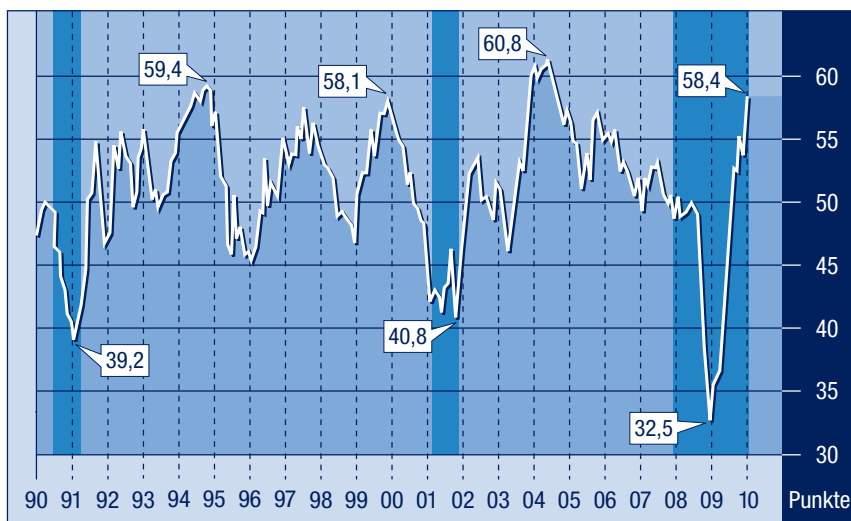
Damit steht die wirtschaftliche Erholung auf wackligen Staatsbeinen. Nur die öffentlichen und mit Schulden finanzierten Stimulierungsprogramme waren bisher für die positiven Wirtschaftsdaten verantwortlich. Da jedoch die staatlichen Konjunkturprogramme (878 Milliarden Dollar alleine in den USA) im zweiten Halbjahr 2010 auslaufen werden, ist der Wachstumsmotor dringend auf Impulse aus dem Privatsektor (Konsum) angewiesen.

Doch genau hier fehlen die Impulse. Die prekäre Arbeitsmarktsituation wird die Konsumenten auch weiterhin eher vorsichtig agieren lassen.

Umstrittener Datenzugriff

Wer bei diesem Titel an den Bankdatenklau und die Haltung Deutschlands zum Ankauf von Diebesgut denkt, schießt knapp vorbei: Er bezieht sich auf eine Debatte im Deutschen Bundestag vom Dezember 2009 zum sogenannten «SWIFT-Abkommen» mit den USA. Alle Bundestagsparteien kritisierten dabei die Haltung Deutschlands beim EU-Abkommen, welches den USA unbeschränkten Zugriff auf Bankzahlungsdaten von EU-Bürgern einräumt, die über den belgischen Finanzdienstleister SWIFT abgewickelt werden. Immerhin 90 Prozent aller internationalen Überweisungen, pro Jahr rund 6 Milliarden Transaktionen mit einem täglichen Volumen von rund 4500 Milliarden Euro! Zum Schutz des öffentlichen Interesses (Stichwort: Terror) können die USA auf alle Transaktionen zugreifen. «Ungenügender Datenschutz und gravierender Eingriff in die Grundrechte der Bürger», so die Kritik der deutschen Bundesparlamentarier. Hatte man bei der Anti-Terror-Bekämpfung noch moralische Gewissensbisse, den Datenschutz der Bürger aufzuheben, lindert die Aussicht auf Steuergelder angesichts leerer Staatskassen diese Zweifel. Diese sind offensichtlich berechtigt, denn Mitte Februar hat das EU-Parlament überraschend entschieden, das bereits beschlossene SWIFT-Abkommen wieder zu stoppen und die USA damit zu brüskieren. Die Mehrheit der Strassburger Abgeordneten ist der Meinung, dass die Weitergabe von Bankdaten sehr umstritten ist.

Nationaler Einkaufsmanagerindex ISM



Quelle: Institute for Supply Management™ (ISM)

Währungen und Zinsen

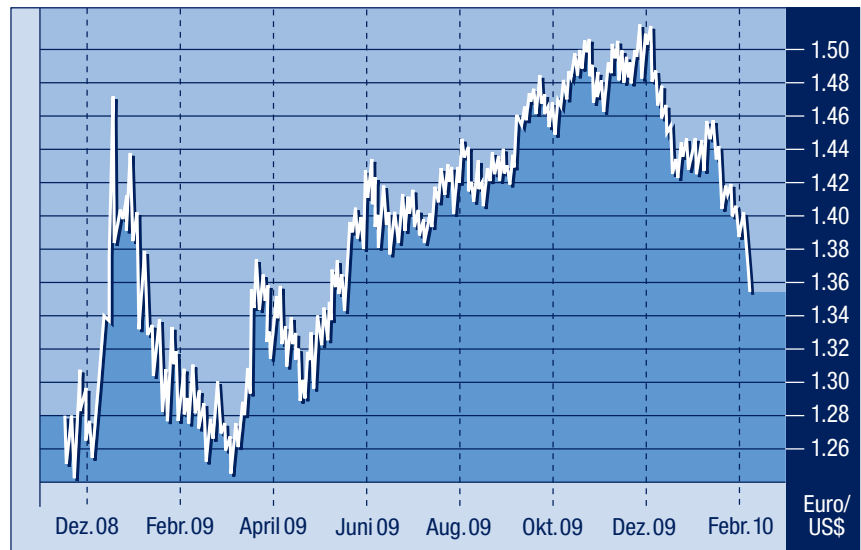
Der US-Dollar erwacht. Die Erfüllung der Maastricht-Kriterien in weiter Ferne. Schweizer Franken vor Repatriierung?

Wie unberechenbar die Kursschwankungen des Dollars sind, mussten jüngst die Dollarbären schmerzlich erfahren. Die auf einen Dollar-Kurssturz setzenden Devisenspekulanten verloren nicht nur die Nerven, sondern auch viel Geld. Gegenüber dem Euro avancierte die tot geglaubte Weltwährung satte zehn Prozent seit anfangs Dezember 2009 (siehe Grafik). Die Devisenspezialisten der meisten Banken müssen nun entweder ihre düsteren Prognosen anpassen oder auf eine scharfe Korrektur des Dollars hoffen. Die Unberechenbarkeit des Greenback gilt aber auch jetzt und schliesst somit eine spätere und um so stärkere Dollarbaisse nicht aus.

Maastricht-Kriterien

Die Probleme Griechenlands sind so ernst, dass sie mittlerweile die Stabilität der Einheitswährung Euro bedrohen. Im Gegensatz zum Sorgenkind Irland wird es in Griechenland wesentlich schwieriger, das staatliche Sparprogramm umzusetzen, welches auch einen Lohnverzicht der Staatsangestellten vorsieht. Obwohl Notenbankchef Trichet das Problem Griechenland herunterzuspielen versucht und naiverweise an die Erfüllung der EU-Defizitkriterien glaubt, könnte genau dies der Stolperstein einer gemeinsamen Wirtschafts- und Währungspolitik sein. Der Sparplan Athens sieht eine Reduzierung der Neuverschuldung von aktuell 13 Prozent auf unter 3 Prozent (Maastricht-Kriterium) des Bruttoinlandpro-

US-Dollar: Avancen gegenüber Euro



duktes vor. Dies scheint aber kaum machbar.

Da sich mittlerweile auch Spanien und Portugal in finanzieller Schieflage befinden, rutscht der Euro auf weitere Tiefsturse. Die EU-Kommission und damit die Einheitswährung stehen vor ihrer grössten Bewährungsprobe, denn die in Maastricht festgelegten Defizitkriterien werden von keinem Mitgliedsstaat erfüllt. Der Schweizer Franken legte gegenüber dem Euro zu, obwohl der erneute Angriff auf den Finanzplatz Schweiz die Währung der Eidgenossen belastet. Ein damit verbundener Abfluss von Anlagegeldern (Repatriierung) reduziert das Engagement im Schweizer Franken. Zurzeit scheinen die Defizitprobleme in den EU-Reihen jedoch diesen Malus (noch) zu überwiegen.

Risikoaufschläge steigen

Die höhere Neuverschuldung Portugals und die nach oben korrigierte Defizitprognose Spaniens wirkten sich auch negativ auf die Risikoaufschläge (Credit Default Swaps) beider Länder aus. Investoren in den entsprechenden Staatspapieren mussten Kurs-einbussen hinnehmen. Die Ausweitung der Verschuldungsprobleme innerhalb der EU-Mitglieder war mit ein Grund für die neuerliche Nullzinsrunde der Europäischen Zentralbank EZB. Das allgemeine Zinsniveau bleibt demnach zwar tief, die Schuldner müssen – je nach Bonität – aufgrund der höheren Risikoaufschläge dennoch mehr Zinsen zahlen. Im jetzigen Umfeld lohnt es sich also nicht, Obligationenrisiken einzugehen.

Finanzmärkte

Kostenverschiebung von Privatwirtschaft zum Staat. Barrick Gold kaufen. Gestiegene Volatilitäten laden zum Kassieren ein.

Durch den grossen Kapazitätsabbau der Unternehmen konnten die Unternehmensgewinne im Schlussquartal 2009 überraschend stark gesteigert werden. Die Kehrseite dieser Medaille ist die Verlagerung der Kosten von der Privatwirtschaft zum Staat. Entlastungen bei den Arbeitskosten stehen in gleicher Höhe Zuwächsen bei den Arbeitslosenkassen gegenüber. Das Kostenproblem wurde also einfach an den Staat weitergegeben. Doch konnten die Unternehmensgewinne die Finanzmärkte nicht stützen. Denn die Staatsverschuldungen liessen die globalen Aktienmärkte einheitlich schwach tendieren.

Barrick Gold kaufen

Die Korrektur der Edelmetalle könnte demnächst abgeschlossen sein. Eine Unze Gold verlor rund 15 Prozent an Wert, Silber sogar

mehr als 20 Prozent. Noch stärkere Einbussen verzeichneten Goldminenaktien. Barrick Gold, einer der grössten Produzenten und seit Kurzem zu 100 Prozent unleveraged (keine abgesicherten Goldumsätze mehr), verbilligte sich beispielsweise um rund 30 Prozent. Die (Unter-)Bewertung der Gesellschaft wie auch die Aussichten auf eine Kurssteigerung bei Gold empfehlen den Titel für erste Käufe. Auch sonst zählen Rohstoffwerte zu den grossen Verlierern in den ersten Handelswochen des neuen Jahres. Xstrata (Bergbau), Petrochina und Petrobras (Öl) oder Freeport-McMoRan (Kupfer) haben zwischen 10 und 20 Prozent eingebüsst. Deren weitere Entwicklung hängt massgebend vom Rohstoffbedarf der asiatischen Wirtschaftsregion ab.

Prämien kassieren

Der Anstieg der Volatilitäten hat zur Folge, dass auch die Optionsprämien für geschriebene Puts und Calls wieder attraktiver sind. Beim Schreiben, also Leerverkauf einer Option, geht man eine Verpflichtung ein, eine Aktie zu einem bestimmten Kurs zu kaufen (Short Put) oder zu verkaufen (Short Call). Die dafür erhaltenen Optionsprämien belaufen sich schnell einmal auf zehn Prozent des Aktienkurses bei einer Laufzeit dieser Verpflichtung von lediglich zwei Monaten. Aufpassen muss man auf Dividententermine, denn die zu erwartende Dividende wird in den Optionspreis bereits eingerechnet.

Zu guter Letzt

«Man sollte nur in Firmen investieren, die auch ein absoluter Vollidiot leiten kann, denn eines Tages wird genau das passieren.»

Warren Buffet

Barrick Gold



Peter Ahluwalia
Marthe Ballet
Yves Baumann
Jörg O. Blickensdorfer
Johan Buckert
Christ Johann Collenberg
Chantal Cvorovic-Lauer
Ute Dürscher
Martin P. Egli
Peter L. Einstein
Ben Euving
Chantal Gehri
Olaf Gierhake
Mauro Golinelli
Narciso Grilli
Rainer E. Hansen
Patrick Hurdemann
Urs Jäggi
Claude R. Jenni
Beatrice Kern
Daniel Kössler
Thomas Kostkiewicz
Markus Linke
René Meyer
Rainer H. Moser
Jos Raafs
Christian Rockstroh
Mark Rüegger
Manuela Schlegel
Bernhard Schürmann
Richard Smith
Dominique J. Spillmann
Barbara Stacey
Carsten Tillner
Kurt E. Vogelsang
Bettina Wälti
Ralph Weidenmann
Markus Wintsch
Bruno Zemp
Louis D. Zuckerbraun
Christian zu Pappenheim

swisspartners Investment Network AG
Am Schanzengraben 23
P.O. Box
CH-8022 Zürich
Phone +41 58 200 0 000
Fax +41 58 200 0 100

swisspartners Investment Network AG
Steinengraben 18/22
P.O. Box
CH-4002 Basel
Phone +41 58 200 0 500
Fax +41 58 200 0 595

swisspartners Investment Network SA
rue Neue-du-Molard 24
P.O. Box
CH-1211 Genève 3
Phone +41 58 200 0 200
Fax +41 58 200 0 210

swisspartners Wealth Management AG
Am Schanzengraben 23
P.O. Box
CH-8022 Zürich
Phone +41 58 200 0 400
Fax +41 58 200 0 490

swisspartners (Liechtenstein) AG
Feldstrasse 16
FL-9490 Vaduz
Phone +423 239 79 70
Fax +423 239 79 80

www.swisspartners.com
info@swisspartners.com

swisspartners